

Lewentz sieht Chancen für Hahn - als Entlastung von Frankfurt

Mainz (dpa/lrs) - Der defizitäre Hunsrück-Flughafen Hahn hat nach Ansicht des rheinland-pfälzischen Verkehrsministers Roger Lewentz (SPD) Chancen, wenn er mit dem Frankfurter Flughafen zusammenarbeitet. «Wir würden auch gerne sehen, dass nachts durchaus der Hahn stärker zur Entlastung von Rhein-Main genutzt werden kann», sagte Lewentz am Mittwoch in Mainz. Er hofft darauf, dass es im Rahmen der Investorensuche Ende des Jahres konkrete Verhandlungen geben kann. Am Hahn habe es im vergangenen Jahr 30 000 Flugbewegungen gegeben, am Flughafen Rhein-Main 482 000.



Lewentz sieht Chancen für Hahn als Entlastung von Frankfurt.

Foto: T.Frey/Archiv

DPA

Ab Mitte Februar erwartet Lewentz ein Gutachten. Daraus gehe hervor, in welchen Marktsegmenten das Land weltweit auf Investorensuche gehen könne, sagte er. Als Pluspunkte des Hunsrück-Airports nannte er die lange Start- und Landebahn, eine vierspurige Anbindung der B50 und die Fluggenehmigung über 24 Stunden. Der Hahn müsse als Jobmotor für die regionale Wirtschaft erhalten bleiben, sagte Lewentz. Entlassungen seien nicht absehbar. «Wir planen nicht mit betriebsbedingten Kündigungen», sagte Lewentz der «Rhein-Zeitung» (Mittwoch).

Bereits Ende Januar hatte Lewentz davon gesprochen, dass es am Hahn bis 2017 eine Finanzlücke von bis zu 120 Millionen Euro gibt. Der Flughafen, von dem vor allem der irische Billigflieger [Ryanair](#) startet, schreibt seit längerem rote Zahlen. Passagierzahlen und Frachtgeschäft gingen 2012 zurück. Zum 1. Februar verließ Jörg Schumacher die Geschäftsführung, Heinz Rethage kam für ihn. Der Airport gehört zu 82,5 Prozent Rheinland-Pfalz und zu 17,5 Prozent Hessen.

Die Chefin der rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsfraktion, Julia Klöckner, warf der Landesregierung vor, sie habe seit dem Ausstieg des Frankfurter Flughafenbetreibers Fraport als Hahn-Gesellschafter 2009 «geschlafen».

Lewentz räumte ein, dass es zur Nachtfluggenehmigung unterschiedliche Meinungen von SPD und Grünen gibt. Eine gemeinsame Haltung sei in der Koalitionsvereinbarung abgestimmt. Dort heißt es, die [Zuschüsse](#) aus dem Landeshaushalt sollen möglichst schnell sinken. Die Grünen dringen generell auf ein Nachtflugverbot. Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) verwies am Mittwoch auf die Initiativen der Landesregierung für mehr Nachtruhe.